

Heinrich-Böll-Stiftung
Tagungsbüro
Schumannstraße 8
10117 Berlin

Information

Zeit und Ort:

Dienstag, 26. Mai 2009, 14.00 – 20.00 Uhr
Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Verkehrsverbindungen:

Bus 147 bis Deutsches Theater (♿), Fußweg 150 m)
S-Bahn S1, 2, 25, 5, 7, 75, 9 Friedrichstraße
(Ausgang Albrechtstr., nicht barrierefrei, Fußweg 250 m/
Ausgang Friedrichstr., ♿, Fußweg 750 m oder Bus 147)
U-Bahn U6, Oranienburger Tor (♿, Fußweg 500 m)
Tram M1, M6, 12 Oranienburger Tor (♿, Fußweg 500 - 600 m)
vom Hauptbahnhof (DB), Bus 147 > Puschkinallee/Elsenstraße
bis Deutsches Theater

Anmeldung:

Eine schriftliche Anmeldung ist erforderlich. Bitte melden Sie
sich bis zum 16. Mai formlos per E-Mail unter gwi@boell.de
oder mit beiliegendem Formular per Post oder per Fax (030.285
34-109) an.

Kontakt und Information:

Gitti Hentschel
Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie
in der Heinrich-Böll-Stiftung
T 030.285 34-122
E-Mail: hentschel@boell.de oder gwi@boell.de

Weitere Informationen unter: www.gwi-boell.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
GUNDA WERNER INSTITUT

Responsibility to Protect

Schutzverantwortung aus Gender-Sicht

Fachgespräch, Di. 26. Mai 2009 in Berlin

Gunda-Werner-Institut Schumannstraße 8 10117 Berlin
in der Heinrich-Böll-Stiftung T 030.285 34-122 www.gwi-boell.de

Responsibility to Protect (R2P)

Schutzverantwortung aus Gender-Sicht

Seit Verabschiedung der Abschlusserklärung des UN-Millenniumgipfels 2005 gilt die «Schutzverantwortung» («Responsibility to Protect», abgekürzt R2P) als eine neu anzustrebende Norm für das Völkerrecht. Das R2P-Konzept wurde im Auftrag Kanadas entwickelt. Es ist eine Konsequenz aus dem Völkermord von Ruanda und den ethnischen Säuberungen auf dem Balkan und soll eine neue Balance zwischen Rechten und Pflichten von Einzelstaaten austarieren. Damit sollen die UN-Mitgliedsstaaten und ihre Regierungen zum Schutz ihrer Bevölkerungen verpflichtet werden. Wenn sie diesen Schutz nicht gewährleisten und Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen stattfinden, soll die Schutzverantwortung auf die UNO bzw. auf Regionalorganisationen wie die Afrikanische Union übergehen. Interventionen sind dann erlaubt – als letztes Mittel auch militärische. Die bereits 2004 in Kofi Annans Bericht «In größerer Freiheit» entwickelten Kriterien dafür sind allerdings sehr streng. Denn die Schutzverantwortung soll in erster Linie der Prävention dienen.

Zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählen nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs und nach der UN-Resolution 1820 von 2008 auch Massenvergewaltigungen und sexualisierte Gewalt, also geschlechtsspezifische Taten, die in der Vergangenheit oftmals verharmlost als Begleiterscheinung von (Bürger-)Kriegen angesehen wurden. Doch nun besteht die Gefahr, dass diese Verbrechen vor allem gegen Frauen zur Legitimation von Militärinterventionen herangezogen werden, wie zum Beispiel in Afghanistan. Sexualisierte Kriegsgewalt und Massenvergewaltigungen sind auch in Darfur ein massives Problem.

Welche Chancen und welche Risiken beinhaltet in diesen Fällen das Konzept Schutzverantwortung? Wie ist es mit den UN-Resolutionen 1325 und 1820 zu verbinden, die die Einbeziehung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen und ihren Schutz vor sexualisierter Gewalt fordern?

Diese und andere Fragen möchten wir mit Ihnen zur Entwicklung wirksamer Strategien zur Verbindung von UN-Schutz-Politik-Konzepten und Geschlechterpolitik erörtern.

Dienstag, 26. Mai 2009

13.30 Anmeldung, Kaffee

14.00 Impulsreferate

Responsibility to Protect und Gender Stand der Dinge, Chancen und Risiken

Thomas Fitschen – Auswärtiges Amt, Abt. VN
Daphné Lucas – Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte Genf
Natascha Zupan – FriEnt

16.15 Kaffeepause

16.45 Impulsreferate

Was tun? Responsibility to Protect in Darfur

Günther Bächler – Special Advisor for Peacebuilding, u.a. im Sudan (angefragt)
Annette Weber – Stiftung Wissenschaft und Politik
Andreas Zumach – Journalist bei der UNO Genf
Moderation: Dr. Beate Wagner – Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

19.00 Imbiss

mit Gelegenheit zum informellen Austausch

Bitte vormerken!

Diese Veranstaltung ist die erste von drei Fachgesprächen des Gunda-Wener-Instituts in Kooperation mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, in denen internationale Probleme im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik konsequent mit der Geschlechterperspektive verbunden werden.

Das folgende Fachgespräch am 28. Oktober 2009 wird sich mit dem Zusammenhang von Terrorismus und Geschlecht auseinandersetzen. Es findet statt in Kooperation mit der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin.

Ein drittes Fachgespräch wird Anfang 2010 durchgeführt. Thema: Die geschlechterpolitischen Dimensionen der Zivilen Konfliktprävention. Der Termin wird frühzeitig bekannt gegeben.

Anmeldung

Fachgespräch

Responsibility to Protect Schutzverantwortung aus Gender-Sicht

Berlin, Dienstag, 26. Mai 2009

Hiermit melde ich mich verbindlich an

Ich komme am Dienstag, 26. Mai

Ich kann leider nicht teilnehmen, möchte aber Informationen und Einladungen zum Themenbereich «Friedens- und Sicherheitspolitik» erhalten.

Frau Herr

Name:

Vorname:

Institution/Organisation:

Anschrift:

Telefon/Fax:

E-Mail:

dienstlich privat

Ihre Angaben werden gemäß Bundesdatenschutzgesetz vertraulich behandelt. Wir speichern Ihre Angaben in unserer Adressdatenbank, um Sie weiterhin über unsere Arbeit zum Themenbereich «Friedens- und Sicherheitspolitik» zu informieren. Sie können jederzeit der Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Die Daten werden dann umgehend gelöscht.

Ich möchte gerne auch zu anderen Themen informiert werden.
Bitte senden Sie mir eine Übersicht.

Ich möchte keine weiteren Informationen erhalten.

Bitte keine Zusendungen, die ausschließlich um Spenden werben.

Datum/Unterschrift: